



Nachhall von Weimar.

Wie die Neue Rechte alte Ideen für neue Kämpfe nutzt

Dr. Florian Pfeil¹

Demokratie wird selten frontal angegriffen – meist wird sie langsam umgedeutet. Genau auf diese langsame Veränderung politischer und kultureller Begriffe und öffentlicher Debatten setzt eine politische Strömung, die häufig als „Neue Rechte“ bezeichnet wird. Anders als klassische rechtsextreme Bewegungen des 20. Jahrhunderts zielt sie nicht primär auf den möglichst unmittelbaren Umsturz politischer Systeme. Ihr Projekt ist langfristiger angelegt. Es geht darum, kulturelle Deutungsmuster zu verschieben, politische Begriffe umzudeuten und gesellschaftliche Mehrheiten schrittweise für autoritäre oder völkisch-nationalistisch definierte Vorstellungen von Staat und Gesellschaft empfänglich zu machen. Die Strategie der Neuen Rechten zielt auf Sicht auf eine Unterwanderung von parlamentarischer Demokratie.

Will man diese Strategie kontern, muss man sie verstehen. Will man sie verstehen, muss man ihre Wurzeln kennen. Deshalb lohnt sich ein Blick zurück in die geistige Landschaft der Weimarer Republik. Denn viele der Ideen, die heute in neuen rechten Diskursen wieder auftauchen, wurden bereits in der Zwischenkriegszeit formuliert – in einem intellektuellen Milieu, das 1949 vom Publizisten **Armin Mohler** (1920-2003) in seiner Dissertationsschrift unter dem Begriff der „Konservativen Revolution“ zusammengefasst wurde² – ein Begriff, der durchaus umstritten ist, weil er antidemokratisches, gar faschistisches Gedankengut verharmlosen könnte. Mohler selbst gilt als einer der „geistigen Väter“ der Neuen Rechten.³ Seine Taktik, „unter der Fahne des Konservativen die Grenzen bis weit in faschistisches Gelände hinein zu verschieben“,⁴ ist bis heute von zentraler Bedeutung für die Neue Rechte.

Antiliberale Denkfiguren der Zwischenkriegszeit

Die „Konservative Revolution“ bezeichnet keine geschlossene Schule und kein einheitliches politisches Programm. Sie bezeichnet vielmehr eine retrospektiv von Mohler in durchaus apologetischer Absicht konstruierte ideengeschichtliche Strömung von Intellektuellen, Publizisten und politischen Theoretikern, die trotz erheblicher Unterschiede⁵ eine zentrale Überzeugung teilten: eine tiefgreifende Ablehnung des liberalen Parlamentarismus und der demokratischen Ordnung der Weimarer Republik. Für viele dieser Autoren erschien die Demokratie nicht als Fortschritt, sondern als Zeichen kulturellen Niedergangs. Sie diagnostizierten eine Krise der modernen Massengesellschaft und suchten nach neuen politischen Formen jenseits von Liberalismus und Sozialismus.

¹ Ich danke meinen Kolleg:innen Maren Weiß und Andreas Kreiner-Wolf für die hilfreichen Kommentare zu früheren Fassungen dieses Textes.

² Armin Mohler, *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch.* (Zugleich Dissertation Basel 1949), 6. Auflage, Graz 2005.

³ Armin Pfahl-Traughber, *Politische „Klassiker“ der Neuen Rechten. Antidemokratische Denker der Weimarer Republik*, Bonn 2025, S. 22.

⁴ Volker Weiß, *Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlands*, 2. Auflage, Stuttgart 2020, S. 39f.

⁵ Ebd., S. 44ff.



Besonders einflussreich wurde der Kulturphilosoph **Oswald Spengler** (1880-1936). In seinem monumentalen Werk „Der Untergang des Abendlandes“ (1918/1922), dessen Titel sprichwörtlich geworden ist, entwickelte er eine zyklische Geschichtsphilosophie, in der Kulturen wie lebendige Organismen entstehen, reifen und schließlich verfallen. Spengler war überzeugt, dass die westliche Zivilisation, die er als „Kultur des Abendlands“ bezeichnet, bereits in eine Phase des Niedergangs eingetreten sei. Parlamentarische Demokratie erschien ihm dabei nicht als Ausdruck politischer Reife, sondern als Symptom eines kulturellen Zerfalls. Bereits in seiner Schrift „Preußentum und Sozialismus“ (1919) hatte er geschrieben: „Parlamentarismus in Deutschland ist Unsinn oder Verrat.“⁶ In späteren Schriften sprach er offen von der Notwendigkeit einer autoritären politischen Ordnung und einer starken Führung, die den angeblichen Verfall der Gesellschaft noch beeinflussen könne. Die Weimarer Republik möge durch einen Diktator ersetzt werden, hoffte Spengler, der diesbezüglich von einem „Cäsarismus“ sprach.⁷ Kurzzeitig war er selbst politisch aktiv, knüpfte Kontakte zu „republikfeindlichen Kräften von rechts, die der politischen und wirtschaftlichen Elite angehörten“: Er befürwortete eine autoritäre Kontrolle der Presse, war in Planspielen sogar einmal als Bildungsminister nach einem politischen Umsturz vorgesehen, wäre dabei jedoch „mehr ein bloßes Aushängeschild, weniger ein souveräner Protagonist gewesen.“⁸ Sein politisches Agieren war jedoch bestenfalls ungeschickt. Sein Zeitgenosse Kurt Tucholsky verspottete ihn als „Heros des Füllfederhalters.“⁹

Den Nationalsozialismus lehnte Spengler gleichwohl ab – vor allem der plumpe Antisemitismus lag ihm fern. Die nationalsozialistische Rassenideologie bezeichnete er in Aufzeichnungen als Weltanschauung für die „geistig Minderbemittelten“, die zu einer Ordnung führe, die nicht die der „Germanen, sondern die der Kannibalen ist: Foltern, Morden, Gesetzlosigkeit, Raub.“¹⁰ In seinem 1933 erschienenen Buch „Jahre der Entscheidung. Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung“ distanzierte sich Spengler zwar öffentlich klar vom Nationalsozialismus, änderte aber keineswegs seine antidemokratische Perspektive. Zugleich schwärmte er für den Faschismus italienischer Prägung und den „Duce“ Benito Mussolini: „Mussolini ist vor allem Staatsmann, eiskalt und skeptisch, Realist, Diplomat. Er regiert wirklich allein. Er sieht alles – die seltenste Fähigkeit bei einem absoluten Herrscher. (...) Der vollendete Cäsarismus ist Diktatur, aber nicht die Diktatur einer Partei, sondern die eines Mannes gegen alle Parteien, vor allem die eigene. Jede revolutionäre Bewegung kommt mit einer Avantgarde von Prätorianern zum Sieg, die dann nicht mehr brauchbar und nur noch gefährlich sind. Der wirkliche Herr zeigt sich in der Art, wie er sie verabschiedet, rücksichtslos, undankbar, nur auf sein Ziel blickend, für das er die richtigen Männer erst zu finden hat und zu finden weiß.“¹¹

⁶ Oswald Spengler, *Preußentum und Sozialismus*, 2. Auflage, München 1922 (1919), S. 54.

⁷ Vgl. Pfahl-Traughber 2025, S. 54.

⁸ Ebd., S. 56.

⁹ Zitiert nach: Robin Groß, *Oswald Spengler: Der Untergang des Abendlandes*, in: David Meiering (Hrsg.), *Schlüsseltexzte der ‚Neuen Rechten‘. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens*, Wiesbaden 2022, S. 51.

¹⁰ Detlef Felken, Nachwort, in: Oswald Spengler, *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*, München 1998 (1923), S. 1204 f.

¹¹ Oswald Spengler, *Jahre der Entscheidung*, München 1961 (1933), S. 177.



Arthur Moeller van den Bruck (1876-1925) formulierte eine andere, aber ebenso einflussreiche Vision, die vor allem die sogenannte „jungkonservative Bewegung“ prägte, die sich bewusst vom „Altkonservatismus“ der Kaiserzeit, die als „reaktionär“ bezeichnet wird, abgrenzte.¹² In seinem Buch „Das Dritte Reich“ (1923) entwarf er die Vorstellung eines zukünftigen deutschen Staates, der sowohl den liberalen Westen als auch den marxistischen Sozialismus überwinden sollte und letztlich alles Elend auf die Parteiherrschaft zurückführte. Sein Denken war von der Idee einer nationalen Wiedergeburt geprägt. Deutschland erschien ihm als historisches Projekt, das seine eigentliche politische Form erst noch finden müsse. Die Demokratie der Weimarer Republik galt ihm als Übergang, nicht als endgültige Ordnung. Nach dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (als Erstem Reich) und dem Deutschen Kaiserreich (als zweitem Reich) müsse ein „Drittes Reich“ der großdeutschen Einigung errichtet werden – eine Parole, die die Nationalsozialisten gerne übernahmen, aber ohne sich weiter auf Moeller van den Brucks Buch oder Vorstellungen zu beziehen.¹³ Diesem schwebte eine Elitenherrschaft über eine Gesellschaft vor, die auf sozialdarwinistischen Prinzipien aufgebaut sein sollte. Sein Verhältnis zum Nationalsozialismus war ambivalent – er teilte einige Zielsetzungen, Hitler empfand er jedoch als primitiv und ungeistig. Doch seine elitären Vorbehalte gegen die Nationalsozialisten ändern nichts daran, dass er einer ihrer Wegbereiter sein sollte.

Der in Ludwigshafen geborene **Edgar Julius Jung** (1894–1934) gehörte wie Moeller van den Bruck zu den zentralen Theoretikern der jungkonservativen Bewegung in der Weimarer Republik. Als Aktivist trat er dem Freikorps Epp bei und half bei der Niederschlagung der Münchner Räterepublik 1919. In der Pfälzischen Widerstandsbewegung nahm Jung 1923/24 am Aufbau von Kampfverbänden gegen französische Besatzungstruppen teil und organisierte den Mordanschlag auf einen politischen Gegner in Speyer. Als Jurist und politischer Publizist entwickelte er eine scharfe Kritik an Liberalismus, Parlamentarismus und Massendemokratie, die er – wie Spengler – als Ausdruck eines politischen und geistigen Niedergangs deutete. Mit tiefer Verachtung betrachtete er den Individualismus, der in der Vorstellung von gleichen Menschenrechten gipfelt: „Menschenrechte sind uferlos. Die Ausstattung aller Teile des Ganzen mit gleichen und unbedingten Rechten führt immer zum Kampfe aller gegen alle, zum Zerfall des Ganzen.“¹⁴ In seinem Hauptwerk „Die Herrschaft der Minderwertigen“ (1927) beschrieb er die Demokratie als System, in dem nicht die Besten, sondern die Mittelmäßigen zur Macht gelangten. Dem setzte er die Vorstellung eines autoritären, ständisch gegliederten Staates entgegen, der von einer geistigen Elite geführt werden sollte. Jung verstand die politische Krise der Weimarer Republik als Zeichen einer notwendigen konservativen Revolution, die Deutschland zu einer neuen, überparteilichen Ordnung führen müsse. Dabei orientierte sich Jung am Faschismus Mussolinis. Anders als die Nationalsozialisten lehnte er deren plebiszitären Massenstil und rassistische Radikalität ab und hoffte stattdessen auf eine autoritäre Neuordnung unter konservativer Führung. Im Herbst 1931 soll er Hitler als Mischung aus „Al Capone und Antichrist“ bezeichnet und seine

¹² Pfahl-Traughber 2025, S. 32ff.

¹³ Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, 4. Auflage, München 1994, S. 239f.

¹⁴ Edgar Julius Jung, Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein neues Reich, 2. Auflage, Berlin 1930, S. 225.



konservativen Mitstreiter vor einer Zusammenarbeit gewarnt haben.¹⁵ Als enger Mitarbeiter des nationalkonservativen Vizekanzlers Franz von Papen versuchte er zeitweise, auf diesem Weg Einfluss auf die Politik zu gewinnen. Für Papen schrieb er dessen sogenannte „Marburger Rede“, die den Nationalsozialismus scharf kritisierte und die von Jung als Provokation eines konservativen Staatsstreichs gegen die NSDAP gedacht war.¹⁶ Seine Nähe zu Papen schützte ihn jedoch nicht: Im Zuge der „Röhm-Affäre“ wurde Jung 1934 von den Nationalsozialisten ermordet. Seine Schriften blieben dennoch ein wichtiger Bezugspunkt für antiliberalen und antidemokratischen konservativen Strömungen.

Antidemokratische, elitäre, antibürgerliche und nationalistische Denkfiguren finden sich auch bei **Ernst Jünger** (1895-1998). Der Schriftsteller, der als Frontsoldat den Ersten Weltkrieg erlebt hatte, stilisierte in seinen frühen Werken den Krieg zu einer existenziellen Erfahrung von Sinn, Härte und Gemeinschaft. In Texten wie „In Stahlgewittern“ (1920) oder später im Essay „Der Arbeiter“ (1932) entwickelte Jünger eine Ästhetik der Mobilisierung: Moderne Gesellschaften erschienen ihm als Räume totaler Organisation und technischer Disziplin, in denen der Einzelne sich einer höheren kollektiven Ordnung unterordnet. Der Krieg wurde in dieser Perspektive nicht mehr nur als Katastrophe verstanden, sondern als Form der Bewährung und der geistigen Formung. Diese Verherrlichung von Kampf, Opfer und Disziplin passte zu einem politischen Denken, das parlamentarische Debatten als Zeichen von Schwäche betrachtete und stattdessen heroische Formen politischer Führung suchte. Er wünschte sich eine gewaltsame Zerschlagung der Weimarer Republik und schrieb 1925, er „hasse die Demokratie wie die Pest.“¹⁷ In der Zeitschrift „Arminius. Eine Kampfschrift für deutsche Nationalisten“ kritisierte Jünger die NSDAP, weil ihm eher eine elitär-revolutionäre Rechte, keine Massenpartei vorschwebte. Letztlich war ihm die NSDAP als Partei nicht radikal genug.¹⁸ Trotzdem hatte er – anders als Spengler, Moeller van den Bruck oder gar Jung – mindestens taktische Sympathien für Hitler und die Nationalsozialisten und wandte sich erst 1929 von Hitler ab, weil dieser den Weg durch den von Jünger verhassten Parteienstaat anstelle einer Revolution suchte. Jünger wurde nie Mitglied der NSDAP und war nach 1929 eher ein distanzierter Beobachter des Nationalsozialismus, was ihm nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichte, zu einem der führenden Intellektuellen der frühen Bundesrepublik aufzusteigen. Nicht zuletzt der gemeinsame Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand bei Jünger 1993 zeigte die große öffentliche Anerkennung, die Jünger trotz seiner zweifelhaften Vergangenheit in der Bundesrepublik genoss.¹⁹

Auch das Werk von **Ernst Niekisch** (1889-1967) zeichnet sich durch antidemokratische, antibürgerliche und radikal nationalistische Denkfiguren aus, jedoch ohne das Elitäre der übrigen Denker der Konservativen Revolution. Niekisch war 1918/19 Vorsitzender des Zentralen Arbeiter- und Soldatenrats in München gewesen, wurde deshalb auch zu zwei Jahren Haft verurteilt. Für die linke USPD war er Abgeordneter im Bayerischen Landtag. Später engagierte er sich bei der SPD und entwickelte in den 1920er-Jahren eine eigenwillige

¹⁵ Edmund Forschbach, Edgar Julius Jung. Konservative Revolution und Moderne, Stuttgart 1997, S. 164f.

¹⁶ Sven Felix Kellerhoff, „Röhm-Putsch!“ 1934: Hitlers erste Mordaktion, Freiburg 2024, S. 66f.

¹⁷ Ernst Jünger, Das Wäldchen 125. Eine Chronik aus den Grabenkämpfen 1918, Stuttgart 1925, S. 48.

¹⁸ Pfahl-Traughber 2025, S. 120.

¹⁹ Ebd.



politische Position, die später als „Nationalbolschewismus“ bezeichnet wurde. Ausgehend von der Erfahrung des Ersten Weltkriegs und der politischen Krisen der frühen Weimarer Republik verwarf Niekisch den parlamentarischen Liberalismus als Ausdruck bürgerlicher Schwäche und westlicher Dekadenz. In seiner Zeitschrift „Widerstand“ propagierte er stattdessen einen autoritären, sozialistisch geprägten Nationalstaat, der sich gegen den Westen richten und eine revolutionäre Umgestaltung von Staat und Gesellschaft durchsetzen sollte. Geprägt waren die Schriften Niekischs auch von einem deutlichen Antisemitismus und Rassismus, wenn er etwa vom Weltjudentum oder vom „vernegerten Frankreich“ schrieb.²⁰ Deutschland erschien ihm als „proletarische Nation“, die ihr historisches Schicksal in einer radikalen Abkehr vom Westen und in einer geopolitischen Orientierung nach Osten finden müsse. Besonders deutlich formulierte er diese Position in seinem 1932 erschienenen Buch „Hitler – ein deutsches Verhängnis“, in dem er den Nationalsozialismus nicht aus demokratischer Perspektive kritisierte, sondern ihm vorwarf, zu sehr in bürgerlichen und westlich orientierten Denkformen verhaftet zu sein. Niekisch kritisierte Hitler, weil dieser ihm zu legalistisch und im Vorgehen zu gemäßigt war: „Er marschierte nicht, sondern watete in den Sumpf des Parlamentarismus“,²¹ spottete Niekisch. Stattdessen forderte er eine nationalrevolutionäre Diktatur, die nationale Mobilisierung mit sozialer Umgestaltung verbinden sollte – ein Denken, das sowohl die parlamentarische Demokratie als auch den liberalen Individualismus grundsätzlich ablehnte. Inhaltlich waren die Differenzen des „Nationalbolschewisten“ zu den Nationalsozialisten also gering, sie lagen eher in der revolutionären Strategie. Die Kritik an Hitler sollte Niekisch gleichwohl nicht gut bekommen: Bereits ab 1933 arbeitete er mit verschiedenen oppositionellen Gruppierungen und engagierte sich im Widerstand.²² 1937 verhaftete ihn die Gestapo, 1939 wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt und im Gefängnis gefoltert, was seine Gesundheit bis ans Ende seines Lebens schwer beeinträchtigte. Dass Niekisch sich nach 1945 der DDR zuwandte und Mitglied der SED wurde, mag seine antiwestliche und antiliberalen Haltung unterstreichen.

Carl Schmitt und die Freund-Feind-Unterscheidung

Am nachhaltigsten wirkte jedoch der Staatsrechtler und politische Theoretiker **Carl Schmitt** (1888-1985). Seine Kritik richtete sich direkt gegen die Grundlagen liberaler Demokratie. Schmitt argumentierte, dass politische Konflikte letztlich nicht durch rationale Diskussion oder parlamentarische Verfahren gelöst werden könnten. Für ihn bestand das Wesen des Politischen in der Unterscheidung zwischen Freund und Feind – einer existenziellen Entscheidung über Zugehörigkeit und Gegnerschaft, die er keineswegs als ein „rein geistiges Ringen“ verstanden haben wollte: Feindschaft war für ihn definiert durch die grundsätzliche „Möglichkeit der physischen Tötung“ des Feindes.²³ Bereits 1926 hatte er geschrieben: „Zur Demokratie gehört als notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung und Vernichtung des Heterogenen.“²⁴ Zwar geht er hierbei vom Begriff der Demokratie aus, meint aber eine „identitäre Demokratie“ im Sinne von Jean Jacques

²⁰ Ernst Niekisch, *Hitler – ein deutsches Verhängnis*, Zürich/Leipzig 1932, S. 29.

²¹ Ebd. S. 34.

²² Pfahl-Traughber 2025, S. 114.

²³ Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Berlin 1987 (1932), S. 33.

²⁴ Carl Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, 6. Auflage, Berlin 1985 (1926), S. 14.



Rousseau. Mit dieser These stellte er das pluralistische Ideal der liberalen Demokratie grundsätzlich infrage und befürwortet eine autoritäre Diktatur, die sich auf eine Massenbasis stützt, in der Schmitt die eigentliche demokratische Legitimation sieht. Damit ist für Schmitt sogar die Identität von Demokratie und Diktatur möglich und wünschenswert. Er schreibt: „Bolschewismus und Fascismus (...) sind wie jede Diktatur zwar antiliberal, aber nicht notwendig antidemokratisch. (...) Der Wille des Volkes kann durch Zuruf, durch *acclamatio*, durch selbstverständliches, unwidersprochenes Dasein ebensogut und noch besser demokratisch geäußert werden als durch den statistischen Apparat.“²⁵

Wenn Politik in letzter Konsequenz auf existenziellen Konflikten beruht, dann erscheinen Kompromisse, Verhandlungen oder parlamentarische Debatten nicht als Stärke, sondern als Zeichen politischer Schwäche. Eng verbunden mit dieser Perspektive ist Schmitts berühmte Definition von Souveränität. Souverän sei, so seine bekannte Formulierung, „wer über den Ausnahmezustand entscheidet.“²⁶ In dieser Theorie verschiebt sich das Zentrum politischer Macht von rechtsstaatlichen Verfahren hin zu einer Instanz, die im Krisenfall außerhalb der normalen Ordnung handeln kann – insofern wenig überraschend, dass Carl Schmitt derzeit auch unter den Parteigängern von Donald Trump in den USA höchst populär ist.²⁷

Schmitt war zweifellos schon vor 1933 ein Anhänger der Diktatur, träumte in der Weimarer Republik aber eher von autoritären Präsidialkabinetten. Er arrangierte sich dann jedoch sehr schnell mit den Nationalsozialisten. Wie eng Schmitts Denken mit deren totalitärer Politik verbunden war, zeigte sich nach 1933 besonders deutlich, als er sich rasch „ideologisch wie persönlich den neuen Machthabern zur Verfügung“ stellte.²⁸ Am 1. Mai 1933 wurde er Mitglied der NSDAP. Sein bereits zuvor wahrnehmbarer, religiös ausgerichteter Antisemitismus setzte sich im Nationalsozialismus nahtlos fort, nahm allenfalls eine „rassistische Färbung“ an.²⁹ In seinem berühmten Aufsatz „Der Führer schützt das Recht“ (1934) rechtfertigte er die politischen Morde der sogenannten Röhm-Affäre und erklärte Adolf Hitler zur höchsten Quelle rechtlicher Autorität. Der Text gilt bis heute zu Recht als besonders drastisches Beispiel dafür, wie ein einflussreicher Staatsrechtler sich dem nationalsozialistischen Regime anordnete und dessen Gewaltpolitik juristisch legitimierte. Seiner engagierten Unterstützung verdankt Schmitt seine spätere Bezeichnung als „Kronjurist der Nazis“.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ließ Schmitt sich nicht entnazifizieren. Seine Karriere als Hochschullehrer und bekannter öffentlicher Intellektueller endete damit. Doch von seinem Wohnhaus im Sauerland aus betrieb der „Alte von Plettenberg“ seine Denkschule weiter. Viele seiner akademischen Anhänger pilgerten zu ihm und lernten von den Worten des Meisters – wodurch Schmitt bis zu seinem Tod 1985 auch in der Bundesrepublik über seine Schüler höchst einflussreich blieb: Darunter fanden sich etwa die bekannten Staatsrechtler Ernst Rudolf Huber, Ernst Forsthoff und Josef Isensee sowie der Publizist Rüdiger Altmann, immerhin ein Berater von Bundeskanzler Ludwig Erhard. Der Schmitt-Schüler Johannes

²⁵ Ebd., S. 22f.

²⁶ Carl Schmitt, Politische Theologie - Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, Berlin 1922, S. 9.

²⁷ Vgl. Jan-Werner Müller, How a Nazi Jurist Captured Imaginations on the U.S. Left and Right. It's Carl Schmitt's world, and we're all just living in it, in: Foreign Policy, 30.6.2025, <https://foreignpolicy.com/2025/06/30/nazi-carl-schmitt-authoritarian-government-international-law/> (Zugriff 18.3.2026).

²⁸ Pfahl-Traughber 2025, S. 77.

²⁹ Ebd., S. 81.



Gross war Chefredakteur der Deutschen Welle und später Moderator der „Bonner Runde“ im ZDF. Und auch Ernst-Wolfgang Böckenförde, einer der einflussreichsten Bundesverfassungsrichter und SPD-Mitglied, betrachtete sich als Schüler Carl Schmitts.

Keinem anderen Vertreter der „Konservativen Revolution“ huldigt die „Neue Rechte“ derart wie Carl Schmitt, er „kann als deren hauptsächlicher politischer Klassiker“ gelten.³⁰ Der Publizist und Rechtsanwalt Thor von Waldstein, aufgrund seiner biographischen Beziehungen zur NPD und seiner häufigen Vortragstätigkeit bei der Neuen Rechten eine Art „Vermittler zwischen der alten und der neuen Rechten“,³¹ schrieb über Schmitt: „Wer mit dem Grundgesetz unter dem Kopfkissen schläft, braucht Carl Schmitt nicht. Wer jedoch erkannt hat, daß die Verfassung das Gefängnis ist, in dem die res publica der Deutschen – gerade auch nach der kleinen Wiedervereinigung – gefangen gehalten wird, greift gerade jetzt zu seinen Schriften.“³²

Die „Konservative Revolution“ und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus

Insgesamt war das Verhältnis der Vertreter der „Konservativen Revolution“ zum Nationalsozialismus durchaus ambivalent. Einige von ihnen – wie Spengler oder Moeller van den Bruck standen Hitler aus einer elitären Perspektive skeptisch gegenüber, andere wie Jung und Niekisch bekämpften Hitler sogar aktiv und opferten dafür Gesundheit (wie Niekisch) oder sogar ihr Leben (wie Jung). Andere unterstützten den Nationalsozialismus, so wie zumindest anfangs Ernst Jünger und deutlich länger Carl Schmitt. Doch selbst dort, wo Distanz bestand, bedeutete dies keineswegs eine Verteidigung der liberalen Demokratie – im Gegenteil: Die Denker der Konservativen Revolution lehnten das parlamentarische System grundsätzlich ab und standen autoritären oder faschistischen politischen Lösungen zumindest offen gegenüber.

Gerade diese Ambivalenz aus ideologischer Nähe und Distanz macht die „Konservative Revolution“ bis heute zu einem wichtigen Bezugspunkt für neurechte Theorien. Ihre Kritik am Liberalismus und Individualismus, ihre Sehnsucht nach kultureller Homogenität, gar Identität, und ihre Vorstellung eines starken Staates bilden zentrale Motive, die in gegenwärtigen Diskursen erneut auftauchen. Aus der Perspektive Armin Mohlers und der Neuen Rechten bietet die „Konservative Revolution“ die verlockende Möglichkeit, an eine vermeintlich historisch „unbelastete“ extreme Rechte anknüpfen zu können. Dieser Versuch ist jedoch nur „eine künstliche Abgrenzung zwischen Nationalsozialismus und radikal-autoritärem beziehungsweise rechts-antipluralistischem Denken im Deutschland der Zwischenkriegszeit.“³³ Dies erkannte im Übrigen bereits Mohlers Doktorvater Karl Jaspers, der seinem Doktoranden „eine großangelegte Entnazifizierung dieser Autoren“ vorwarf.³⁴

³⁰ Armin Pfahl-Traughber, *Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotenzial der Neuen Rechten*, Bonn 2022, S. 85.

³¹ Richard Gebhardt, *Hauptfeind Liberalismus. Ein Porträt des extrem rechten Publizisten und Juristen Thor von Waldstein*, in: *der rechte rand*, Nr. 173 (2018), <https://www.der-rechte-rand.de/archive/3461/thor-von-waldstein-liberalismus/> (Zugriff 18.3.2026).

³² Thor von Waldstein, zitiert nach Gebhardt 2018.

³³ Markus Linden, *Neuer Konservatismus und Neue Rechte – Konvergenz oder Divergenz?* In: *Leviathan*, 53. Jg. (2025), Nr. 3, S. 278.

³⁴ Zitiert nach Weiß 2020, S. 46.



Die überraschende Quelle der Strategie: Antonio Gramsci

Während ihre ideologischen Motive häufig aus den antidemokratischen Traditionen der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik stammen, ist die politische Strategie der Neuen Rechten stark von einem Denker inspiriert, der aus der gleichen Zeit, aber aus einer ganz anderen politischen Welt kommt: dem italienischen Marxisten **Antonio Gramsci** (1891-1937).

Gramsci, einer der Gründer der Kommunistischen Partei Italiens, entwickelte in den 1920er und 1930er Jahren eine Theorie kultureller Hegemonie. Seine zentrale Beobachtung lautete, dass politische Herrschaft nicht allein auf staatlicher Gewalt oder wirtschaftlicher Macht beruht. Stabil wird ein politisches System erst dann, wenn seine Werte, Normen und Deutungsmuster von großen Teilen der Gesellschaft als selbstverständlich akzeptiert werden. Diese kulturelle Vorherrschaft entsteht in Schulen, Universitäten, Medien, Literatur, Kunst und öffentlichen Debatten. Wer diese kulturellen Räume prägt, beeinflusst langfristig auch die politischen Möglichkeiten einer Gesellschaft.

Für Gramsci hatte diese Analyse eine klare politische Konsequenz. Eine gesellschaftliche Transformation, gar eine Revolution, könne nur gelingen, wenn sie zunächst im kulturellen Raum vorbereitet werde. Bevor politische Macht erobert werden kann, müsse eine neue kulturelle Hegemonie entstehen. Vertreter der Neuen Rechten, allen voran der Franzose **Alain de Benoist** (*1943), griffen genau diesen Gedanken auf – wenngleich mit umgekehrtem politischem Vorzeichen, als „Kulturrevolution von rechts“ und damit letztlich als eine Form der neurechten „Produktpiraterie“.³⁵ Benoist etikettierte „Hegemonietheorie zur Metapolitik um, passte sie an neurechte Inhalte an, etablierte sie als ideengeschichtlich informiertes Politikinstrument und brachte sie gegen die offene Gesellschaft, aber auch die alte französische Rechte in Anschlag.“³⁶ Die „Nouvelle Droite“ übernahm Gramscis strategische Einsicht, löste sie aus ihrem marxistischen Kontext und setzte sie für ein antipluralistisches politisches Projekt ein. Benoist schrieb: „Um die politische Mehrheit auf Dauer zu erringen, muß man zunächst die ideologische Mehrheit erringen, denn erst, wenn sie für Werte gewonnen ist, die von ihren eigenen Werten verschieden sind, wird die bestehende Gesellschaft in ihren Grundfesten zu wanken und ihre effektive Macht abzubröckeln beginnen.“³⁷

Den Begriff der „Metapolitik“ übernahm die Neue Rechte von dem savoyischen Philosophen **Joseph de Maistre** (1753-1821), einem konservativen Kritiker der Französischen Revolution und Vertreter der Gegenaufklärung, der auch schon von Carl Schmitt rezipiert wurde. In seinem Werk „*Considérations sur la France*“ (1796) verwendete de Maistre den Begriff „*métapolitique*“, um eine Ebene des Politischen zu bezeichnen, die jenseits der unmittelbaren Tagespolitik liegt. Gemeint sind die tieferen geistigen, religiösen und kulturellen Voraussetzungen von Politik – also Ideen, Werte und Weltbilder, die politische Ordnungen

³⁵ So Armin Pfahl-Traughber, Benedikt Kaiser: „Lernen von links“. Eine Analyse zur Philosophie einer Produktpiraterie, in: Vojin Sasa Vukadinovic (Hrsg.), *Randgänge der Neuen Rechten*, Bielefeld 2022, S. 151-176.

³⁶ Sabri Deniz Martin, *Metapolitik bis zum „Tag X“*. Thor von Waldsteins Gramscianismus, in: Vojin Sasa Vukadinovic (Hrsg.), *Randgänge der Neuen Rechten*, Bielefeld 2022, S. 103.

³⁷ Alain de Benoist, *Die kulturelle Macht*, in: Ders., *Kulturrevolution von rechts*, Dresden 2017, S. 75.



langfristig prägen. Damit hatte de Maistre den Begriff für jenen Ort geprägt, an dem der gramscianische Kampf um kulturelle Hegemonie beginnen muss.

Metapolitik: Politik vor der Politik

Metapolitik bezeichnet den Versuch, politische Veränderungen zunächst auf der Ebene von Kultur, Sprache und Ideen vorzubereiten. Es geht nicht darum, Regierungsverantwortung zu übernehmen oder Mehrheiten in Parlamenten zu gewinnen. Stattdessen soll langfristig das geistige Klima einer Gesellschaft verändert werden. In diesem Sinne wird Politik vor der eigentlichen Politik betrieben.

Zentrale Instrumente dieser Strategie sind Zeitschriften, Verlage, Think Tanks, kulturelle Veranstaltungen, Internetplattformen und soziale Medien. In diesen Räumen entstehen Narrative, Begriffe und Interpretationen gesellschaftlicher Entwicklungen. Sie wirken oft zunächst intellektuell oder akademisch – können aber langfristig politische Debatten prägen. Genau hier setzte etwa Götz Kubitschek, einer der zentralen Vordenker der Neuen Rechten in Deutschland, an, als er den Antaios-Verlag, die Zeitschrift „Sezession“ und das „Institut für Staatspolitik“ gründete. Dabei ließ Kubitschek nie einen Zweifel daran, dass es ihm mit seinen publizistischen und verlegerischen Aktivitäten nicht um die „Beteiligung am Diskurs“ geht, sondern um „die Auflösung des Diskurses als Konsensform.“³⁸

Ein typisches Element der metapolitischen Strategie der Neuen Rechten ist die Verschiebung politischer Begriffe. Neue Begriffe werden geprägt, alte werden umgedeutet. Der Österreicher Martin Sellner, einer der wichtigsten Strategen der Neuen Rechten, beschrieb diesen Prozess bereits 2016: „Alle Metapolitik ist ganz wesentlich eine Arbeit mit Begriffen und Bildern. Ihr Ziel ist es, die kulturelle Hegemonie, welche die Grundüberzeugungen und Grundstimmungen in der Gesellschaft formt, zu beeinflussen. Das bedeutet vor allem, neue Begriffe und Bilder zu injizieren.“³⁹

Ein bekanntes Beispiel ist der Begriff „Ethnopluralismus“, der kulturelle Homogenität nicht mehr offen als Überlegenheit einer Kultur formuliert, sondern als scheinbar pluralistische Forderung nach der Trennung vermeintlich gleichwertiger kultureller Räume darstellt. Damit ist „Ethnopluralismus“ eine „modernisierte Form des Rassismus“: „Vereinfacht ausgedrückt handelt es sich dabei um einen Rassismus ohne ‚Rassen‘. Stattdessen reden Ethnopluralist_innen von ‚Kulturen‘, deren Homogenität zu schützen sei.“⁴⁰ Auch die Uminterpretation des einst sachlichen wissenschaftlichen Begriffs der „Remigration“ (als Begriff für die Rückkehr eines migrierten Menschen in sein Herkunftsland) in eine Bezeichnung für eine politische Forderung nach Ausweisungen und Abschiebungen passt in dieses Muster. Solche sprachlichen Strategien sind kein bloßes rhetorisches Detail. Sie sind Teil eines bewussten Versuchs, die Grenzen des politisch Sagbaren zu verschieben. Positionen, die zunächst als radikal erscheinen, werden Schritt für Schritt in den Bereich legitimer politischer Debatten eingeführt. Bereits 2017 schrieb Mario Müller, wegen gefährlicher Körperverletzung

³⁸ Götz Kubitschek, Provokation, Schnellroda 2007, S. 25.

³⁹ Martin Sellner, Der Große Austausch in Deutschland und Österreich: Theorie und Praxis, in: Renaud Camus (Hrsg.), Revolte gegen den Großen Austausch, Schnellroda, S. 189.

⁴⁰ Natascha Strobl/Julian Bruns, Völkische ‚Vielfalt‘ – Ethnopluralismus am Beispiel der Identitären Bewegung, Paper für den „Momentum Kongress“, Hallstatt 2017, https://www.momentum-kongress.org/system/files/congress_files/2020/3_p_bruns-strobl_0.pdf (Zugriff 20.3.2026).



vorbester Aktivist der Identitären Bewegung (und später Teilnehmer an dem „Geheimtreffen“ in der Potsdamer Villa Adlon am 25. November 2023) ganz im Sinne der Strategie Gramscis: Bevor Forderungen wie Grenzsicherungen oder Remigration umgesetzt werden könnten, müssten sie „in der breiten Öffentlichkeit auf breite Akzeptanz stoßen.“⁴¹

Provokation spielt dabei eine wichtige Rolle. Kontroverse Aussagen erzeugen Aufmerksamkeit und können öffentliche Debatten auslösen. Ziel sei es, so Götz Kubitschek 2017 in entlarvend militaristischer Diktion, „in Grenzbereichen des gerade noch Sagbaren und Machbaren provozierend vorzustößen und sprachliche oder organisatorische Brückenköpfe zu bilden, zu erweitern und auf Dauer zum eigenen Hinterland zu machen.“ Gepaart wird die Strategie der Provokation mit einem zweiten, ebenso wichtigen strategischen Element: Selbstverharmlosung, als, so Kubitschek, „der Versuch, die Vorwürfe des Gegners durch Zurschaustellung der eigenen Harmlosigkeit abzuwehren.“⁴²

Durch diese „Diskursguerilla- und Mimikry-Strategie mit dem Ziel der Diskurshoheit“⁴³ entsteht ein politisches Ökosystem, in dem unterschiedliche neurechte Akteure verschiedene Funktionen übernehmen: Intellektuelle entwickeln Konzepte, Publizisten verbreiten sie, Aktivisten inszenieren Kampagnen – und politische Parteien greifen bestimmte Themen schließlich im parlamentarischen Raum auf.

Die AfD: Der parlamentarische Arm

In Deutschland hat sich in diesem Zusammenhang insbesondere eine Partei als politischer Bezugspunkt der Neuen Rechten herausgebildet: die „Alternative für Deutschland“ (AfD). Die Partei entstand ursprünglich 2013 als eurokritische Protestpartei. Schon damals äußerte Kubitschek, der Euro sei „das feine Thema, das Türöffner-Thema, und unsere Themen (...) kommen hinter drein gepoltet, wen wir nur rasch und konsequent genug den Fuß in die Tür stellen.“⁴⁴ In den folgenden Jahren veränderte und radikalisierte sich das politische Profil der AfD deutlich. Innerhalb der Partei gewannen nationalkonservative, rechtspopulistische und zunehmend rechtsextreme Positionen an Einfluss,⁴⁵ und Teile der Partei entwickelten enge Verbindungen zu neurechten Netzwerken.⁴⁶ So ließ der thüringische AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke bereits 2014 eine Sitzung der AfD-Landtagsfraktion in Kubitscheks „Institut für Staatspolitik“ an seinem Wohnsitz in Schnellroda stattfinden – und Kubitschek durfte den Abgeordneten bei dieser Gelegenheit seine Vorstellungen erläutern.⁴⁷

Die engen Verbindungen zwischen der Neuen Rechten und der AfD zeigen sich auch im personellen Bereich: Der Publizist Erik Lehnert etwa war von 2008-2024 Geschäftsführer des neurechten „Instituts für Staatspolitik“ und damit einer der engsten Vertrauten von Götz

⁴¹ Mario Müller, *Kontrakultur*, Schnellroda 2017, S. 183.

⁴² Götz Kubitschek, *Selbstverharmlosung*, in: *Sezession*, Nr. 76 (2017), S. 27f.

⁴³ Sabri Deniz Martin 2022, S. 105.

⁴⁴ Zitiert nach Jana Heck/Katja Riedel/Hannes Vogel/Willem Konrad, Höcke und seine Hintermänner. Netzwerke in der AfD, tagesschau online, 19.8.2024, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-thueringen-hoecke-100.html> (Zugriff 20.3.2026).

⁴⁵ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive*, Wiesbaden 2019.

⁴⁶ Vgl. Christian Fuchs/Paul Middelhoff, *Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern*, 4. Auflage, Reinbek 2020, S. 139ff.

⁴⁷ Ebd.



Kubitschek. Heute ist er Herausgeber der von Kubitschek gegründeten rechtsintellektuellen Zeitschrift „Sezession“ – und im Hauptberuf Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion in Brandenburg. Benedikt Kaiser war und ist einer der einflussreichsten Autoren der „Sezession“ und hat acht Jahre lang als Lektor für Kubitscheks Verlag Antaios gearbeitet. Seit 2023 arbeitet er als Mitarbeiter von AfD-Bundestagsabgeordneten.

Für viele Akteure der Neuen Rechten erfüllt die AfD eine strategische Funktion. Sie ist nicht einfach nur eine Partei unter anderen, sondern fungiert als parlamentarischer Arm und als Resonanzraum für Themen und Ideen, die zuvor im metapolitischen Vorfeld entwickelt wurden. Kubitschek schrieb dazu in seinem Online-Blog im Januar 2025: „Jeder Blinde sieht, wie sehr die AfD Hoffnung zu bündeln vermag. Sie braucht eine Staatsidee. Unser Land ist so fertig und auf den Knien, daß es in Teilen rekonstruiert werden muß.“⁴⁸

Durch parlamentarische Präsenz können die Themen und Sichtweisen der Neuen Rechten in öffentliche Debatten eingebracht werden. Selbst wenn sie zunächst keine politischen Mehrheiten finden, verändern sie den Rahmen politischer Diskussionen. Themen, die zuvor am Rand des politischen Spektrums standen, gelangen auf die Agenda von Medien, Parlamenten und Talkshows. Kubitschek sagt dazu in einem Vortrag, den er im Februar 2024 in Anwesenheit von Björn Höcke hält: „Die AfD fordert als einzige Partei den Erhalt der ethnokulturellen Identität des deutschen Volkes und begreift den deutschen Staat als Rahmen und Schutzraum für dieses Volk. Die AfD hat in den Parlamenten aus der Scheinopposition eine echte Opposition gemacht und formuliert zur Alternativlosigkeit eine Alternative. Die Demokratie-Theorie sieht Fairneß im Umgang mit dem politischen Gegner, dem »Mitbewerber« vor. In Wirklichkeit findet Fairneß nur statt, wo Machtverhältnisse nicht grundlegend, also weltanschaulich in Frage gestellt werden. Die AfD und ihr Rückraum, also wir, stellen die Machtverhältnisse grundlegend und weltanschaulich infrage.“⁴⁹ In diesem Sinne ist parlamentarische Politik nur ein Teil, aber ein wichtiger Teil eines umfassenderen kulturell-hegemonialen Projekts.

Die Herausforderung für die Demokratie

Gerade die indirekte und konspirative Strategie der Mischung aus Provokation und Selbstverharmlosung macht die Neue Rechte für demokratische Gesellschaften schwer greifbar. Die Neue Rechte arbeitet selten mit offenen Angriffen auf demokratische Institutionen. Stattdessen nutzt sie die Freiheiten demokratischer Gesellschaften – Meinungsfreiheit, Medienpluralismus und politische Konkurrenz – als Räume für langfristige Einflussnahme und versucht so, die Demokratie gegen sich selbst zu wenden.

Die Gefahr besteht dabei weniger in einzelnen politischen Forderungen als in der schrittweisen Veränderung des politischen Koordinatensystems. Schon 2018 ging der damalige CSU-Landesgruppenchef im Deutschen Bundestag – und heutige Bundesinnenminister – Alexander Dobrindt in die sprachliche Falle der Neuen Rechten, als er in einem Namensartikel in der „Welt“ ausgerechnet eine „konservative Revolution“ fordert und damit gewollt

⁴⁸ Götz Kubitschek, AfD, eingekesselt, geschlossen – ein Tag in Riesa, in: Sezession im Netz, 13.1.2025, <https://sezession.de/69933/afd-eingekesselt-geschlossen-ein-tag-in-riesa> (Zugriff 20.3.2026).

⁴⁹ Götz Kubitschek, Sechs Gedanken zur Lage der nationalen Opposition, in: Sezession im Netz, 21.2.2024, <https://sezession.de/68990/sechs-gedanken-zur-lage-der-nationalen-opposition> (Zugriff 20.3.2026).



oder ungewollt an die antidemokratischen Denker der Weimarer Republik anknüpft: „Auf die linke Revolution der Eliten folgt eine konservative Revolution der Bürger. Wir unterstützen diese Revolution und sind ihre Stimme in der Politik.“⁵⁰ Selbst wenn man Dobrindt „bestenfalls zugutehalten kann, dass er nicht genau erfasst, welchen Geist er mit dieser Formel beschwört“,⁵¹ mag man sich die Begeisterung in der Neuen Rechten über diesen Artikel vorstellen und darüber, dass ein konservativer Demokrat ihre Narrative unreflektiert übernimmt.

Wenn sich Begriffe verschieben, wenn bestimmte Narrative zur dominierenden Erklärung gesellschaftlicher Probleme werden, verändert sich auch der Rahmen politischer Entscheidungen. Demokratie ist jedoch nicht nur ein institutionelles System. Sie ist auch eine politische Kultur. Sie lebt von Vertrauen in pluralistische Verfahren, von der Anerkennung politischer Gegner als legitime Gesprächspartner und von der Bereitschaft, Konflikte durch Regeln, statt durch Feindbilder auszutragen. Die Neue Rechte unterwandert die Demokratie damit ganz im Sinne der Vordenker der „Konservativen Revolution“ in der Weimarer Republik, indem sie diese kulturellen Voraussetzungen von Demokratie angreift. Wenn diese kulturellen Voraussetzungen dadurch erodieren, geraten auch demokratische Institutionen unter Druck.

Wenn es der Neuen Rechten etwa gelingt, demokratische Institutionen wie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder Institutionen der Zivilgesellschaft insbesondere bei konservativen Demokrat:innen zu desavouieren und zu delegitimieren, so könnte der feuchte Traum der Neuen Rechten wahr werden: dass eigentliche Demokrat:innen sich selbst gegen die Demokratie wenden. Damit ginge die Strategie der Neuen Rechten auf.

Politische Bildung als demokratische Selbstverteidigung

Gerade deshalb kommt politischer Bildung in der Demokratie eine besondere Bedeutung zu. Demokratie kann nicht allein durch Gesetze oder Institutionen geschützt werden. Eine Demokratie, die sich als „wehrhaft“ versteht, ist auf Bürger:innen angewiesen, die politische Strategien verstehen, ideologische Narrative erkennen und argumentativ einordnen können. Politische Bildung bedeutet daher mehr als die Vermittlung institutioneller Kenntnisse über Parlamente, Wahlen oder Verfassungen. Sie umfasst auch die Fähigkeit, politische Sprache kritisch zu analysieren, historische Ideentraditionen zu erkennen und insbesondere Manipulationsstrategien zu durchschauen. Politische Bildung verfolgt auch in diesem Sinne das Ziel der Förderung der politischen Mündigkeit der Bürger:innen.

Wer die ideengeschichtlichen Wurzeln autoritärer Denkweisen kennt, kann ihre Wiederkehr leichter erkennen. Wer versteht, wie politische Begriffe strategisch und manipulativ eingesetzt werden, ist weniger anfällig für ihre suggestive Wirkung. Letztlich ist politische Bildung eine zentrale Säule demokratischer Resilienz. Eine lebendige demokratische Öffentlichkeit

⁵⁰ Alexander Dobrindt, „Wir brauchen eine bürgerlich-konservative Wende“, in: Die Welt, 4.1.2018, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus172133774/Warum-wir-nach-den-68ern-eine-buergerlich-konservative-Wende-brauchen.html> (Zugriff 24.3.2026).

⁵¹ David Meiering/Robin Groß, Was fällt, das muss man stoßen. Anschlüsse an die „Konservative Revolution“, in: David Meiering (Hrsg.), Schlüsseltexte der ‚Neuen Rechten‘. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens, Wiesbaden 2022, S. 32.



entsteht dort, wo Menschen bereit sind, sich argumentativ mit politischen Ideen auseinanderzusetzen – und wo sie den Wert pluralistischer Debatten verteidigen.

Die langfristige Strategie der Neuen Rechten zeigt, wie wichtig diese demokratische Wachsamkeit ist. Gerade weil politische Veränderungen oft schleichend beginnen, braucht eine offene Gesellschaft Bürger:innen, die nicht nur auf spektakuläre Ereignisse reagieren, sondern auch die leisen Verschiebungen politischer Begriffe und Narrative identifizieren können. Demokratie wird selten in einem einzigen dramatischen Moment verloren. Meist beginnt ihr Verlust mit kleinen Veränderungen im Denken – und genau dort entscheidet sich auch, ob sie verteidigt werden kann.

Dr. Florian Pfeil ist seit 2009 Direktor der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung und Geschäftsführer des Weiterbildungszentrums Ingelheim. Nach dem Studium der Politik- und Rechtswissenschaft unterrichtete er Politikwissenschaft an der Universität Trier und war anschließend Wissenschaftlicher Referent der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) in Bonn. 2024 wurde er für sein Engagement für Demokratie und politische Bildung mit dem Verdienstorden des Landes Rheinland-Pfalz ausgezeichnet.



Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung im WBZ Ingelheim gGmbH

Fridtjof-Nansen-Platz 3

55218 Ingelheim am Rhein

v.i.S.d.P.: Dr. Florian Pfeil

Meinungen des Autors spiegeln nicht notwendig Sichtweisen der Akademie wider.